

Kommissar Andris Piebalgs

VDEW-Kongress

***„Herausforderungen für die europäische
Energiepolitik der nächsten Jahre“***

- Eine andere Zukunft im Energiebereich -

9.Juni 2005

09.00h

Berlin

Meine Damen und Herren,

die Energiemärkte ändern sich rapide. Daher muss sich auch unsere Energiepolitik weiterentwickeln.

Der Energiesektor ist für die Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung, für Wachstum und Beschäftigung von entscheidender Bedeutung. Wenn es um den Zugang zu Energie zu angemessenen Preisen an jedem beliebigen Wohnort geht, sind alle Bürger unmittelbar betroffen.

Die derzeitigen Trends sind eindeutig: wir erleben höhere Erdöl- und Erdgaspreise. Die Energierohstoffe in der EU weisen einen deutlichen Abwärtstrend auf. Zugleich steigt die Nachfrage in allen Branchen stetig um 1-2 % pro Jahr. Viele Entwicklungsländer, insbesondere die Schwellenländer China und Indien, verzeichnen ein rasantes Wachstum. Wenn nichts unternommen wird, dann wird die EU immer mehr von Energieimporten abhängig werden. Falls die aktuellen Trends anhalten, wird die EU-Importquote von derzeit 50 % bis zum Jahr 2030 auf 70 % steigen. Bis dahin wird die EU zu 90 % von Erdöleinfuhren und zu 70 % von Erdgasimporten abhängig sein.

Vor diesem Hintergrund meine ich, dass die nächsten fünf Jahre eine Wendezeit für die Energiepolitik sein müssen. Ich möchte Ihnen darlegen, welche Prioritäten die Europäische Union im Energiebereich in den nächsten Jahren verfolgen sollte.

Die Energiepolitik der EU ist auf drei Ziele ausgerichtet:

1. unsere Energieversorgung zu gewährleisten – und dies vor dem Hintergrund steigender Ölpreise und steigender Nachfrage;
2. einen wirklich funktionierenden und vom Wettbewerb geprägten Energiebinnenmarkt zu realisieren, der für Verbraucher und Unternehmen zu wettbewerbs-orientierten Preisen führt, und
3. Die Energiepolitik soll zur nachhaltigen Entwicklung beitragen - unsere in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen müssen erreicht werden, insbesondere die Verringerung der CO₂-Emissionen.

Ich habe sechs Prioritäten, anhand deren sich diese Ziele erreichen lassen:

- Senkung der Energienachfrage durch Energieeffizienz
- Sicherstellung des ordnungsgemäßen Funktionierens des Strom- und Gasbinnenmarktes
- Förderung der erneuerbaren Energien
- Bessere Verknüpfung der Energiepolitik mit der Umwelt- und Forschungspolitik
- Verbesserung der nuklearen Sicherheit und der Sicherheitsüberwachung sowie
- Ausbau der energiepolitischen Außenbeziehungen.

Bevor ich konkrete Maßnahmen anspreche, will ich kurz auf die Vorgehensweise eingehen. Voraussetzung für eine sinnvolle Gestaltung der europäischen Energiepolitik sind vorbereitende Konsultationen. Ohne sie werden unsere oben genannten Ziele in keinem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Darüber hinaus werden Maßnahmen allein auf der Ebene der Gemeinschaft nicht ausreichend sein. Eine echte Partnerschaft zwischen Kommission, Parlament, den Mitgliedstaaten und den übrigen Beteiligten ist unerlässlich. Deshalb setze ich mich für einen breit angelegten Konsultationsprozess ein.

Bei einer kohärenten Energiepolitik geht es gerade darum, ein Paket sich ergänzender politischer Maßnahmen zu schnüren, das insgesamt zur Erreichung der drei Ziele – Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung – beiträgt. Jede Einzelmaßnahme sollte in der Tat einen Beitrag zu allen diesen Zielen leisten.

Energieeffizienz als erster Schwerpunkt

Ein maßgebliches Anliegen der Kommission ist die Steuerung der Energienachfrage.

Ohne eine wirklich vom Nachhaltigkeitsgedanken geprägte Vorgehensweise im Energiebereich kann es keine stabile Wirtschaft und keine umweltbewusste Gesellschaft geben.

Obwohl die EU in punkto Energieeffizienz gute Erfolge vorweisen kann, wird Schätzungen zufolge ein Fünftel unserer Energie verschwendet. Das Einsparpotenzial ist enorm. Einfache Verhaltensänderungen (wie das Abschalten von Lampen, Computern und Geräten im Stand-by-Betrieb) oder kleinere Investitionen (z. B. in Energiesparlampen, Isolierung oder Thermostate) können sich auf die Gesamtenergienachfrage in Europa stark auswirken.

Der Europäische Rat hat im März anlässlich der Weiterverfolgung der Strategie von Lissabon „die Bedeutung der Energieeffizienz als Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Entwicklung“ hervorgehoben. Mein Anliegen ist es, die Senkung der Energienachfrage und die Energieeffizienz in den kommenden Monaten und Jahren auf der politischen Agenda zu halten.

Energieeinsparmaßnahmen können vielfältigen politischen Zielen dienen. Sie ermöglichen unter anderem:

- finanzielle Einsparungen sowohl bei Privatpersonen als auch bei Unternehmen
- Einsparungen bei den Importen und eine Verbesserung der Handelsbilanz
- Einsparungen beim Bedarf an neuen Infrastruktureinrichtungen
- die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen, energieeffizienten Technologie- und Dienstleistungssektoren

- eine Verringerung der Energieauswirkungen auf die Umwelt, insbesondere einen Rückgang der CO₂-Emissionen.

Es wurde bereits eine hochrangige Gruppe von Vertretern der Mitgliedstaaten eingesetzt. Die Kommission wird sehr bald ein Grünbuch zur Energieeffizienz annehmen. In diesem Papier werden wir das Potenzial zur Energieeinsparung darlegen und dieses Thema einer breiteren öffentlichen Diskussion zugänglich machen. Ferner werden in dem Grünbuch Optionen skizziert, welche Maßnahmen getroffen werden sollten, um den von mir bereits erwähnten 1-2%igen Anstieg der Energienachfrage zu stoppen und den Energieverbrauch auf dem derzeitigen Stand zu halten oder sogar zu senken. Im Mittelpunkt der Anstrengungen werden Maßnahmen stehen, die den privaten Verbrauchern und den Unternehmen helfen sollen, Energie zu sparen, vor allem in den Sektoren unserer Gesellschaft, in denen die Energieeffizienz bislang vernachlässigt worden ist, d.h. im Verkehrssektor und in den privaten Haushalten.

Diese „Energieeffizienz-Initiative“ wird auf der politischen Agenda bleiben, kontinuierlich weiterentwickelt und in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Das „Forum für nachhaltige Energie“ wird seine Arbeit in Kürze beginnen und sich mit Fragen der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien befassen. Es wird als Plattform dienen und eine stärker zielgerichtete Diskussion ermöglichen.

Erneuerbare Energien

Auf der Versorgungsseite müssen wir uns mit der Diversifizierung der Energiequellen befassen. Daher ist es eines meiner Anliegen, die erneuerbaren Energien als einen wichtigen Bestandteil des Energieträgermixes zu fördern. Gewiss - Europa ist weltweit führend, und Deutschland ist einer der Vorreiter auf diesem Gebiet.

Dennoch gibt es sehr viel Potenzial, das ausgeschöpft werden kann. Die Kommission wird daher weiter auf die Mitgliedstaaten einwirken, damit diese ihre Zusagen im Bereich der erneuerbaren Energien einlösen. Nach dem derzeitigen Kurs wird die EU bis 2010 18 % des Stroms aus erneuerbaren Energien verbrauchen - in der Richtlinie über die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen wurden als Ziel 22 % festgelegt.

Klares Handeln ist erforderlich, um diesen Trend fortsetzen zu können. Dabei ist unverkennbar, dass direkte Fördermaßnahmen auch in Zukunft weiter von grundlegender Bedeutung für eine ausreichende Marktdurchdringung mit Strom aus erneuerbaren Energien sein werden.

Im Mittelpunkt der Mitteilung der Kommission über die Finanzierung erneuerbarer Energieträger, die bis zum Ende dieses Jahres veröffentlicht werden soll, wird daher die Bewertung der unterschiedlichen in Europa existierenden Förderformen stehen.

Ich bin der Ansicht, dass Vorschläge für eine harmonisierte europäische Förderregelung - derzeit - verfrüht sind. Wir müssen zunächst die bestehenden nationalen Systeme und die Erfahrungen in den jeweiligen Mitgliedstaaten gründlich analysieren. Welche Modelle gibt es und wie haben sie sich bewährt? Wie sieht es mit dem Energiebinnenmarkt aus, oder mit der Planungssicherheit? Was für Kosten entstehen? Erst wenn das Gesamtbild deutlich wird, lässt sich aufzeigen, in welche Richtung eine notwendige, langfristige Strategie gehen sollte. Ich möchte dies auch im Rahmen des bereits genannten Forums für nachhaltige Energie zu erörtern.

Ferner wird die Biomasse ein vorrangiges Anliegen werden; darunter Biokraftstoffe für den Verkehrssektor und die Biomasse für die Stromerzeugung, einschließlich der Kraft-Wärme-Kopplung. In einem Aktionsplan werden wir herausarbeiten, wie das in Europa vorhandene Potenzial an Biomasse weiterentwickelt werden kann, um die Zielvorgaben im Bereich erneuerbarer Energien für 2010 zu erreichen.

Neben der Energieeffizienz ist die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien ein Beispiel für den integrierten energiepolitischen Ansatz, den ich anfangs erwähnt habe. Sie ist nicht nur für die Verringerung unserer Importabhängigkeit wichtig, sondern leistet - zusammen mit Energieeffizienz - einen Beitrag zur Erreichung unserer Ziele von Kyoto und Lissabon, zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Energiebinnenmarkt

Die Verwirklichung eines wettbewerborientierten Energiebinnenmarktes ist natürlich ein Gebiet, auf dem die Kommission eine sehr wichtige Rolle spielt. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Wettbewerbsbedingungen, wobei sich einschlägige Rechtsvorschriften der Gemeinschaft als notwendig erwiesen haben.

Die Kommission geht streng gegen Mitgliedstaaten vor, die die Gas- und Elektrizitätsrichtlinie nicht umgesetzt haben. Zurzeit sind wegen der Nichtumsetzung einer beziehungsweise beider Richtlinien Vertragsverletzungsverfahren gegen zehn Mitgliedstaaten anhängig.

Nachdem die neuen Richtlinien in allen Mitgliedstaaten vollständig in Kraft getreten sind, rechne ich mit Fortschritten: insbesondere bei der Einführung von Regulierungsbehörden mit umfassenden Zuständigkeiten und bei der Entflechtung der Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber und der Verteilernetzbetreiber. Für eine ordnungsgemäße Verwirklichung des Binnenmarktes ist eine strenge und wirksame Regulierung auf nationaler Ebene notwendig.

Ich erwarte auch, dass Deutschland sein Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vor der Sommerpause annehmen wird, unabhängig von den jüngsten politischen Ereignissen nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Denn dies ist im Interesse von ganz Europa.

Durch den Wettbewerb werden die EU-Bürger ihren Versorger frei wählen können und werden die Vorteile des Wettbewerbs, von dem größere gewerbliche Kunden bereits profitieren, für jedermann spürbar sein.

Sind, wenn man all dies betrachtet, weitere Rechtsvorschriften der Gemeinschaft erforderlich? Es ist zu früh, um diese Frage zu beantworten. Viel hängt natürlich davon ab, wie die Richtlinien in der Praxis sowohl seitens der Regierungen als auch der Unternehmen, insbesondere hinsichtlich der Entflechtung, durchgeführt werden.

Wie Sie sicherlich wissen, wird die Kommission Ende 2005 einen Bericht vorlegen, in dem die bisherigen Fortschritte bei der Verwirklichung des Strom- und Gasbinnenmarktes untersucht werden. Der Bericht wird eine rund fünfjährige Erfahrung mit Energiemärkten widerspiegeln und die Bühne für die vollständige Marktöffnung für alle Kunden im Juli 2007 vorbereiten. Anlässlich dieser Bestandsaufnahme prüfen wir, wie es sich mit der Ausgewogenheit zwischen den nationalen und den europäischen Maßnahmen verhält.

Ich ermutige alle Interessengruppen dazu, sich an dieser Überprüfung zu beteiligen. Die Beiträge der nationalen Regulierungsbehörden über den Stand ihrer Märkte werden von maßgeblicher Bedeutung sein.

Auf der europäischen Ebene gibt es somit keinen Mangel an Beschäftigung mit den aktuellen Fragen der Strom- und Gasmärkte. Darüber hinaus erwarten wir von den Mitgliedstaaten, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden – dies gilt insbesondere für die nationalen Energieregulierungs- und Wettbewerbsbehörden.

Im jetzigen Stadium habe ich nicht die Absicht, endgültige Schlüsse zu etwaiger zusätzlicher Gesetzgebung zu ziehen. Die Berichte sollten die Grundlage für eine ausführliche, weit reichende Debatte sein, die es uns ermöglicht, im späteren Verlauf des Jahres 2006 zu Schlussfolgerungen zu gelangen.

Dies darf jedoch nicht als mangelnde Handlungs-bereitschaft ausgelegt werden. Sollte ein drittes Paket wirklich erforderlich sein, wird die Kommission nicht zögern, es vorzulegen. Ein solches Paket müsste allerdings das letzte sein.

Unsere Energiewirtschaft benötigt ein stabiles ordnungs-rechtliches Umfeld, um zu investieren, und auch das muss berücksichtigt werden.

Eine sichere Energieversorgung setzt voraus, dass den Unternehmen die richtigen Anreize gegeben werden, um sowohl in die Erzeugungs- als auch in die Übertragungs- und Fernleitungsinfrastruktur zu investieren.

Nun zur Frage der Investitionen in Stromerzeugungs-kapazitäten. In den nächsten 20 bis 30 Jahren werden neue Kapazitäten in einer Größenordnung von mehreren Hundert Gigawatt benötigt. Mit der Marktliberalisierung werden diese Investitionen als Folge des Wettbewerbs getätigt. Der in den letzten zwei

Jahren zu verzeichnenden Anstieg der Großhandelspreise spielt dabei natürlich eine Rolle. Neben den Investitionen in Spanien und Italien kommen mehrere Projekte in ganz Deutschland gut voran. Ist der nationale Regulierungsrahmen in angemessener Weise stabil - dies ist eines der Hauptziele der diskutierten Richtlinie über die Stromversorgungssicherheit - so bin ich zuversichtlich, dass der Markt weiter für Investitionen sorgen wird. Schließlich macht es für ein Unternehmen mit einem großen Kundenbestand keinen Sinn, immer mehr von anderen Erzeugern abhängig zu werden.

Forschung

Ich strebe eine bessere Verknüpfung der Energiepolitik mit der Umwelt- und Forschungspolitik an. Für das 7. Rahmenprogramm werden mit groß angelegten Projekten - hoffentlich - mehr Haushaltsmittel bereit stehen und wird das Programm „Intelligente Energie“ als Bestandteil des Rahmenprogramms „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ gestärkt werden. Mein Ziel ist, die Klimaschutz- und Energietechnologien der EU weiter auszubauen.

Forschung und Technologie können einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer stärker nachhaltigen Energiezukunft leisten: durch „saubere Kohle-technologien“ wie die Abspaltung und Speicherung von Kohlenstoff, durch Wasserstoff und Brennstoffzellen, und durch neue Technologien zur Weiterentwicklung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Ich möchte die sauberen Kohletechnologien weiter-entwickeln. Derzeit werden 30 % des Stroms in der EU aus Kohle erzeugt, wobei die Kohlereserven Prognosen zufolge für mehr als 200 Jahre reichen dürften. Die Kohle muss aus Gründen der Versorgungssicherheit und -vielfalt weiterhin eine wichtige Rolle im Energieträgermix Europas spielen.

Allerdings ist klar, dass die mit der Kohle verbundenen ökologischen Herausforderungen in Angriff genommen werden müssen. Wenn wir nicht in die für die CO₂-Abscheidung und -Speicherung erforderlichen Technologien investieren und ihre Marktdurchdringung fördern, besteht die Gefahr, dass mit der Stilllegung alter Kohlekraftwerke die Kohleverstromung in Europa zurückgeht.

Daher schlage ich vor, dass wir, d. h. die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Energiewirtschaft, während der Amtszeit dieser Kommission gemeinsam an der Entwicklung einer kohärenten und ehrgeizigen europäischen Partnerschaft für saubere Kohle arbeiten.

Nukleare Sicherheit

Abschließend betone ich die Notwendigkeit einer Verbesserung der nuklearen Sicherheit und Sicherheitsüberwachung. Dort, wo die Kernenergie eine Komponente des Energieträgermixes eines Mitgliedstaates ist - und diese Entscheidung ist Sache des jeweiligen Mitgliedstaates - muss die sichere Entsorgung radioaktiver Stoffe gewährleistet sein.

Ich sagte bereits, dass unsere Handlungsmöglichkeiten auf der Versorgungsseite begrenzt sind. Gerade deswegen müssen wir die energiepolitischen Außenbeziehungen der EU zu ihren wichtigsten Partnern - Erzeugern wie auch Verbrauchern - ausbauen. Die EU wird ihre bilaterale Zusammenarbeit mit den wichtigsten Förderländern fortsetzen, insbesondere durch den Energiedialog mit Russland und die Beziehungen zu den Ländern des Kaspischen Meeres und des Mittelmeerraums sowie zu Norwegen. Die Präsidentschaft und die Kommission diskutieren mit den OPEC-Staaten wie man einen solchen Dialog entwickeln kann. Das erste vorbereitende Treffen findet diesen Nachmittag statt (weshalb ich die Konferenz leider bald nach meiner Rede verlassen muss). Wie die Kommission immer betont hat, ist ein regelmäßiger Kontakt mit OPEC unabhängig von der Höhe des Ölpreises notwendig.

Darüber hinaus intensiviert die Europäische Union derzeit ihre Zusammenarbeit mit wichtigen Transitländern, um die Erdöl- und Erdgastransportnetze zu diversifizieren. Außerdem wurde eine Südosteuropäische Energie-gemeinschaft vereinbart, die den Energiebinnenmarkt auf die Balkanländer erstreckt.

Ferner versteht es sich von selbst, dass die Gespräche zwischen der EU und den wichtigsten Energie verbrauchenden Ländern (Vereinigte Staaten, Japan, China und Indien) ebenfalls vertieft werden.

Überdies müssen wir die Transparenz und die Genauigkeit der Ölmarktdaten, einschließlich der Daten über die Lagerbestände, verbessern, um Spekulationen und rasche, heftige Preisschwankungen einzudämmen.

Schlußbemerkung

Nachdem ich meine Prioritäten für die künftige Energiepolitik der EU skizziert habe, die das Ziel der Versorgungssicherheit, eines wettbewerbsorientierten Marktes und einer nachhaltigen Entwicklung verfolgen, dürfte deutlich geworden sein, dass wir einen ausgewogenen Energieträgermix benötigen, der die verfügbaren Energiequellen umfassend und schonend nutzt.

Wir alle streben funktionierende, nachhaltige Märkte an, die das bereitstellen, was die Kunden wollen: eine stabile und zuverlässige Versorgung zu günstigen Preisen, und dies mit Dienstleistungen zur optimalen täglichen Nutzung der Energie. Die Kommission ist diesen Zielen verpflichtet und wird alles zu deren Erreichung Erforderliche tun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.